I-11-115

Dringlichkeitsantrag: In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in: Martin Gonzalez Granda (KV Köln)

Änderungsantrag zu I-11

Von Zeile 114 bis 117:
Einkommensteuer unterliegt, stellen wir sicher, dass Menschen mit wenig Einkommen am meisten profitieren. ~~Nun erhalten auch Rentner*innen~~Allerdings werden die Preise selbst mit Gaspreisdeckel absehbar nicht sinken. Im Gegenteil: Die Inflation lag zuletzt bei 10% und ~~alle Studierenden eine Einmalzahlung~~bis Frühjahr 2023 werden noch höhere Inflationsraten erwartet. ~~In~~Die tatsächliche Inflation für Menschen mit niedrigen Einkommen liegt noch einmal deutlich darüber. Daher brauchen wir schnellstmöglich regelmäßige und zielgerichtete Direktzahlungen für Menschen mit wenig Einkommen. Wir setzen uns in der ~~Transformation hilft~~ Koalition und der Öffentlichkeit für ein Inflationsgeld ein, das jeder Person mit niedrigen und mittleren Einkommen für mehrere Monate ausgezahlt wird. Damit die Entlastungen auch wirklich spürbar und sichtbar sind, müssen die monatlichen Zahlungen dreistellig und direkt auf dem Kontoauszug zu sehen sein. Denn Kleckerbeträge und ein Wirrwarr von undurchsichtigen Maßnahmen erhöhen nur die Politikverdrossenheit.

Das monatliche Inflationsgeld dient auch als Wegbereiter für ein sozial-gerechtes Klimageld, das für die Transformation so wichtig ist und das wir – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern umsetzen wollen.

Von Zeile 119 bis 121:
Rückzahlung der Einnahmen aus dem CO2-Preis, zum anderen sind sie ein kurzfristiges Kriseninstrument. ~~Nur fehlt bisher in Deutschland dafür ein Auszahlmechanismus~~Die Energiepreispauschale hat gezeigt, dass solche Auszahlungen schon heute möglich sind. ~~Das Finanzministerium~~Allerdings muss ~~diesen~~das Finanzministerium bis Ende des Jahres ~~vorlegen~~einen Mechanismus vorlegen, der die Auszahlungen noch weiter vereinfacht.

Begründung

Der zentrale Satz im Änderungsantrag ist: "Wir setzen uns in der Koalition und der Öffentlichkeit für ein Inflationsgeld ein, das jeder Person mit mittleren und niedrigen Einkommen für mherere Monate ausgezahlt wird. Damit die Entlastungen auch wirklich spürbar und sichtbar sind, müssen sie mindestens dreistellig und direkt auf dem Kontoauszug zu sehen sein." Die übrigen Änderungen dienen nur dem Lesefluss.

Sozialer Zusammenhalt und Gefahr von rechts
Die explodierenden Energiepreise richten einen massiven sozialen und wirtschaftlichen Schaden an. Die allermeisten Familien können sich 200€ oder 300€ oder gar 500€ Mehrausgaben monatlich nicht leisten. Es geht schlicht nicht. Die gravierenden Folgen für die Menschen und für

den sozialen Zusammenhalt zeigen sich nur in den neuen „Montags“demonstrationen. Auch die Wahl in Italien zeigt sehr deutlich, wohin die aktuellen Entwicklungen führen können.

Um Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen, brauchen wir eine dauerhafte, einfache und klar verständliche Lösung, die wirkungsvoll und zugleich deutlich sichtbar ist. Auch deshalb war das 9-Euro-Ticket so erfolgreich. Das Inflationsgeld wäre eine wichtige Investition in den sozialen Zusammenhalt und unsere Demokratie. Zudem könnten wir als grüne Partei unser soziales Profil schärfen.

Ohne sozialen Zusammenhalt kein Klimaschutz
All diese Punkte sind auch Voraussetzung dafür, dass grüne Politik und die sozial-ökologische Transformation auf gesellschaftliche Akzeptanz stößt. Ohne sozialen Zusammenhalt gibt es kaum Chancen für ausreichenden Klimaschutz. Vor diesem Hintergrund sind die geschätzten Kosten von ca. 7 Mrd. eine sehr gute und wichtige Investition.

linke und wirtschaftsliberale Ökonom*innen unterstützen zielgerichtete Direktzahlungen
Zielgerichtete Direktzahlungen werden sowohl von linken als auch konservativen bzw. wirtschaftsliberalen Ökonom*innen unterstützt. Daher ist davon auszugehen, dass das Inflationsgeld in der öffentlichen Diskussion positiv aufgenommen würde. Und: Die kommende Wirtschaftskrise wird Verteilungskämpfe noch einmal verschärfen. Das zielgerichtete Inflationsgeld könnte hier die Konjunktr stützen und den kommenden Abschwung wenigstens dämpfen. Auch der Bäcker um die Ecke würde profitieren.

Inflationsgeld als Wegbereiter für CO2-Geld/Klimageld
Darüber hinaus könnte dieses Energiegeld der Wegbereiter für andere grüne Positionen sein. Der Klimabonus (pro-Kopf Rückgabe der CO2-Preis Einnahmen) ist bisher vor allem an der Skepsis gegenüber dem Staat gescheitert. Zu viele Menschen haben schlicht nicht daran geglaubt, dass der Staat die Einnahmen aus der CO2-Bepreisung wieder zurückverteilt. Merken die Menschen, dass das Geld wirklich ankommt und ihnen geholfen wird, stärkt das das Vertrauen in den Staat und vereinfacht die Umsetzung künftiger Maßnahmen wie den Klimabonus.

Anmerkung: Diese Formulierung des Änderungsantrags stellt einen Kompromissvorschlag von mir dar, den ich auf Wunsch der Antragskommission hier einstelle. Der urpsrünglicher Antrag war I-05 (hier).

weitere Antragsteller*innen

Roman Schulte (KV Köln); Johannes Diermeier (KV Köln); Gabriele Pulvermüller (KV Köln); Mela Chu (KV Köln); Thomas Ketelaer (KV Köln); Hanna-Christine Imorde (KV Köln); Marc Kersten (KV Köln); Bernd Meffert (KV Rheingau-Taunus); Wilfried Weisbrod (KV Kurpfalz-Hardt); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Arebs Stettin (KV Wetterau); Paule Krumrey (KV Kiel); Felix Hohmann (KV Harburg-Land); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Chris Cranz (KV Köln); Andreas Franco (KV Köln); Achim Jooß (KV Ortenau); sowie 44 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.